

# Kieler Aufrichten

Wirklich unabhängige Zeitung für Kiel und Schleswig-Holstein

Januar 2010

Nr. - 01 Spenden-Blatt

## Viel Wut – Wo bleibt der Protest?

**Der Suizid des Fußballstars Robert Enke hat innerhalb von Tagen erstaunliche 40.000 Menschen mobilisiert und auf die Straße gebracht.**

**Bei allem Respekt vor der Betroffenheit der Menschen fragt man sich, ob da nicht auch von den Medien ein gezieltes Umlenken der Emotionen auf politisch neutrales Terrain beabsichtigt und erreicht wurde.**

**Bei mir wurde die Frage geweckt: Was bringt Menschen eigentlich auf die Straße?**

Auf allen Seiten wird ein allmähliches Unmenschlicher-Werden unserer Gesellschaft beklagt, ein nur dem Effizienz- und Gewinnstreben untergeordnetes Führen von Unternehmen, Organisationen und Kommunen, ein zügig aber dabei heimlich vorangetriebener Abbau eines grundgesetzlich verankerten Sozialstaates, und das nur auf kurzfristige Gewinne abzielende Verkäufen von öffentlichem Gemeingut.

Das erzeugt große Wut; aber wo sind die Menschen, die dagegen aufbegehren?

Fortsetzung nächste Seite

---

## Protest Kreativ

Auch in Kopenhagen gingen als Clowns verkleidete Demonstranten auf die Straße. Sie sind jung, auch sie wollen die Welt verändern, aber auf ihre Art: mit einem Lächeln.

Bei den jungen Damen hingegen handelt es sich um zwei von rund 30.000 Demonstranten, die sich nicht in der üblichen Manier als Teil von Massformationen durch die Stadt wälzten, Parolen riefen und sich hier und da fest ketten ließen. Sie sind Teil einer jungen Bewegung, der 2003 in England gegründeten Clandestine Insurgent Rebel Clown Army (CIRCA). Sie wollen für Gewaltfreiheit stehen und auch niemandem Ihre Meinung aufzwingen, sondern lediglich zeigen, dass sie da sind, dass sie noch nicht kapituliert haben vor der Welt, sondern begonnen haben über sie zu lachen.

Neben den Clowns rückten in Kopenhagen weitere Protest-Spezien ins Bild: Eisbären, Koalabären, Blumenmädchen, Froschmänner und Cyber-Hexen, um nur einige zu nennen. Auf kunstfertige Umsetzung wird größter Wert gelegt.



## Viel Wut – Wo bleibt der Protest?

### Fortsetzung von Seite 1:

Bei der bundesweiten Demonstration gegen die Rücknahme des schon beschlossenen Atomausstiegs in Berlin waren es 50.000, die auf die Straße gingen, nach monatelangen Planungen durch gut vernetzte Vereinigungen, bei einem Thema, das uns alle bedroht und von großen Bevölkerungskreisen unterstützt wird. Nur 50.000! – Dagegen von einem Tag auf den anderen 40.000 für einen Bundesliga-Torwart, der an dem System, in dem all die 40.000 fraglos mitmachen, zerbrochen ist. Da stimmt doch das Verhältnis nicht! So viele setzen sich für die Gesellschaft ein, Ehrenamt, kleine Vereinigungen für oder gegen etwas, es gibt viel Energie und Engagement. Wie und wodurch werden wir jedoch gehindert uns **gemeinsam** für unsere Gesellschaft einzusetzen. Wie werden wir als Gesellschaft so lahm gemacht?

Bettina Gaus schreibt im "Atlas der Globalisierung": „In der Bundesrepublik sind soziale Bewegungen bislang von Leuten mit überdurchschnittlich hohem Bildungsgrad getragen worden – mithin im Regelfall von Angehörigen der Mittelschicht. Das ist die Schicht, die materiell etwas zu verlieren hat, also unmittelbar und schmerzlich von einem Kollaps des Bankensystems oder einer Währungsreform betroffen wäre. Die Angst

vor dem Verlust der privaten Altersvorsorge, der Ersparnisse oder des Eigenheims sitzt tief...»Wir zahlen nicht für eure Krise!« – Der Slogan ist gut formuliert. Aber er kann nicht zünden, wenn viele insgeheim hoffen, dass die Allgemeinheit eben bitte doch die Rechnung begleichen möge, weil man fürchtet, andernfalls ganzindividuell die Zeche bezahlen zu müssen.“

Wie solidarisiert man sich? Wie kommt man von dem langjährig geübten Individualismus zu einem gemeinsamen Widerstand?

Im Kopf, theoretisch, geht das schon ganz gut, aber so richtig tatkräftig auf der Straße. Das kann ja peinlich sein, und nutzt das denn überhaupt? Und dann ist da das Problem, dass es ja so unendlich viel gibt, wofür man auf die Straße gehen müsste. Wo soll man denn anfangen? Und alles ist so sehr komplex, da gibt es keine einfachen Antworten, die man auf der Straße durchsetzen könnte. Also lieber zuhause bleiben und „Neues aus der Anstalt“ gucken? Es kann nicht um Gleichschaltung gehen. Gleichschaltung und Massenmobilisierung lebt sich aus in Knut, dem Eisbären, Loveparade und anderen Events.

Fühlen wir nicht alle ein wachsendes Unbehagen an dem, wie unsere Geschicke von oben herab mit Brachialgewalt durchgesetzt werden? Haben wir denn nicht längst verstanden, dass unsere Demokratie keine mehr ist?

Jetzt geht es darum, dass wir uns konsequent aus dem einschläfernden Polit-Gelaber verabschieden,

wo wir auf Nebenschauplätzen engagiert werden und durch die Hintertür, fast ohne dass jemand es bemerkt, eine gigantische Kontroll-Krake mit Namen ELENA verordnet bekommen.

Jeder fühlt, dass etwas vollkommen verkehrt läuft, und wir fangen an, dies allmählich zu begreifen. Jetzt muss der Schritt in den aktiven Protest als eigener Entschluss folgen, sonst lähmen wir uns selbst.

Deshalb übe ich den Schulterchluss. Ich will protestieren und ich will gegenanreden. Das Schreiben, das Kontakten und das Vernetzen über die Grenzen meines normalen beruflichen und persönlichen Feldes hinaus sind die ersten Schritte. "Kieler Aufrichten" sind ein Baustein in dem neuen Gebäude, dass wir durch die verschiedenen Initiativen aufbauen.

Jeder hat die individuelle Möglichkeit des freien und unabhängigen Denkens und Redens. Jetzt können wir aus dieser Freiheit heraus eine neue Gemeinsamkeit aufbauen und einen gemeinsamen Nenner finden, der unser Engagement verbindet. Ganz bewusst und konsequent.

Daher möchte ich Sie einladen an dem Projekt "Kieler Aufrichten" mitzumachen. Schreiben Sie, rufen Sie uns an, mailen Sie uns, wenn Ihnen etwas wichtig ist. Wir suchen aktive MitarbeiterInnen für verschiedene Aufgaben.

Auf ein neues „Gemeinsam-Jahr“  
Ihre Sabine Petersen

REDAKTION  
Joachim Böse  
Monika Dullo  
Sabine Petersen  
Nidda Schweda  
v. i. S. d. P.  
Sabine Petersen

KIELER AUFRICHTEN  
Sabine Petersen  
Jägersberg 7, 24103 Kiel,  
Tel. 0431-9904912  
Email: kieler-aufrichten@email.de

Abkürzungen:  
NDS = www.Nachdenkenseiten.de  
SP = Sabine Petersen  
JB = Joachim Böse  
MD = Monika Dullo

## Deutschland am Gängelband der Pharmaindustrie

### WHO der Korruption verdächtigt

Plötzlich ist die Schweinegrippe, die monatelang die Schlagzeilen beherrschte, von der medialen Bildfläche verschwunden. Wie die Vogelgrippe vor kurzem in China, ist die in einem mexikanischen Dorf aus der Taufe gehobene Volkskrankheit und zum Schreckgespenst erklärte weltumspannende Seuche in die Bedeutungslosigkeit versunken. Leicht erklärlich, so teilt Peter Frühwald, einer der drei Bundesvorsitzenden der Allianz für Bürgerrechte (Allianzpartei), am Mittwoch in Berlin mit. Die Pharmaindustrie habe nämlich

inzwischen die raffiniert über die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die in den jeweiligen Staaten global eingefädelt und mit großen Medienkampagnen begleiteten Verträge über Impfstoffe längst abgeschlossen und die Profite inzwischen zum größten Teil eingefahren. Die Restgewinne werden bis 2012 garantiert, zumindest in Deutschland.

Wie die polnische Zeitung und Internet-Agentur „Polskaweb News“ bereits vor einiger Zeit mitteilte und gestern erneut bekräftigte, erhärtet sich der Verdacht der Korruption bei der

WHO. Als Schlüsselfigur gelte Prof. Albert Osterhaus. Der auch „Mr. Flu“ genannte Niederländer sei „Erfinder“ der Vogel- und der Schweinegrippe, habe diese der WHO als globale pandemische Gefahren untergejubelt und damit den Pharmariesen gigantische Profite zu Lasten der Steuerzahler zugeschanzt. Kein Wunder, denn die WHO beziehe für den Eigenbetrieb wesentlich mehr Finanzmittel aus privaten Arzneimittelkonzernen als von den Regierungen der Welt.

NDS 4. 1. 10 Quelle: Presse Anzeiger

### Der rentable Patient

Noch garantieren in Deutschland die Bundesländer für die Sicherung der Krankenhausversorgung, wenn der Krankenhaus-Report auch vor den Folgen der laufend sinkenden Investitionsquote warnt. Noch nimmt die große Mehrheit der Ärzten und Pflegekräfte ihren Auftrag ernst, im Krankenhaus nicht „Kunden“ zu bedienen, sondern Patienten nach Maßgabe des medizinisch Notwendigen zu versorgen. Doch wenn der Kontrolleur des Medizinischen Dienstes unsichtbar hinter dem

Arzt steht und seine Entscheidung beeinflusst, wenn von den Klinikleitungen die Vorgabe kommt, lukratives „Patientengut“ bevorzugt zu behandeln und wenn Patienten kein „Fall“ mehr, sondern eine „Fallpauschale“ darstellen – dann könnten Zeiten anbrechen, wo sich das ärztliche und das pflegerische Selbstverständnis allmählich verändert. Noch befindet sich das System im Umbruch, noch hat das ökonomische Kalkül im Krankenhaus die beruflichen Überzeugungen und Haltungen der dort Tätigen nicht unter-

miniert. Doch der Konflikt zwischen Überzeugung und ökonomischer Handlungslogik ist schon spürbar.

Quelle: Der Freitag

*Mit dem Verkauf der Service GmbH und der IT-Sparte an der Kieler Uni-Klinik ist auch hier der erste Schritt in die Privatisierung vollzogen. Asklepius hat den Fuß in der Tür. Wenn erst die vier großen Klinikketten den Markt unter sich aufgeteilt haben, gehts hier zu wie bei den Energieversorgern.*

*Wehret den Anfängen! (SP)*

“Und wenn alle anderen die von der Partei verbreitete Lüge glaubten - wenn alle Aufzeichnungen gleich lauteten - dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit.” George Orwell, 1984

## Gesundheitssystem- Quo vadis?

Machen wir uns mal Gedanken darüber, was man braucht, wenn man krank ist: Ich brauche...

- einen guten Hausarzt in der Nähe, der Zeit für mich hat, der mich kennt und mich durch die Krankheit begleitet. Dieser Hausarzt kennt meine Lebenssituation, meine Biografie, und auch welche Stärken für das Bewältigen einer Krankheit zu mobilisieren sind;
  - Einen kompetenten Facharzt, der auch nicht zu weit weg ist, der eine gründliche Diagnostik macht und entsprechende Therapien durchführt;
  - eine Klinik, in der man fachlich aber auch menschlich durch schwere Zeiten begleitet wird, in der Krankenschwestern wirkliche Pflege leisten können, und auch mal jemand Zeit für ein Gespräch hat;
  - gute Medikamente, die möglichst ungiftig meine Krankheit und meine Symptome lindern;
  - Und natürlich brauche ich meine Angehörigen und Freunde, die nicht zu weit fahren müssen, um mich im Krankenhaus zu besuchen.
- So wäre es gut, und so ist es auch gewesen.

Aber in Zukunft werden wir ganz andere Verhältnisse haben!!!

- So richtige Hausärzte gibt es bald nicht mehr. In den nächsten Jahren werden sehr viele Ärzte aus Altersgründen ihre Praxis aufgeben und da die Zukunft für niedergelassene Allgemeinärzte geradezu finster ist, finden sie keine Nachfolger. Das bedeutet, dass ich keinen Hausarzt mehr in der Nähe habe. Erstmal rufe ich das Call-Center meiner Krankenkasse an. Wir kennen ja schon das Gefühl der Hilflosigkeit in Warteschleifen. Letztlich muss ich dann in ein Medizinisches Versorgungszentrum

(MVZ) gehen, dass wohlmöglich 30 Km weit fort liegt. Das gehört z.B. der Rhön-Klinikum AG oder Sana. Dort gehe ich zu dem jeweils diensthabenden angestellten Arzt. Der kennt mich vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Ist ja angeblich nicht so schlimm, denn alle Fakten sieht der Arzt dann ja auf seinem Bildschirm, denn alles ist wunderbar vernetzt und elektronisch gespeichert. Mit ein bisschen Glück schaut mich dieser Arzt sogar mal an und nicht nur auf seinen Bildschirm.

- Muss ich zum Facharzt, dann ist das evtl. gleich im selben Haus möglich, aber vielleicht auch nicht, auch diese Ärzte haben Terminpläne und müssen eigentlich immer ausgelastet sein. Denn diese angestellten Ärzte haben häufig ein niedriges Basis-Einkommen und bekommen zusätzlich eine Gewinnbeteiligung. Und damit es auch einen Gewinn gibt, müssen sie ordentlich viele Patienten durchschleusen. Alles wird durch Effizienzanalysen überprüft, es gibt ganz zielführende Schemata, nach denen die Patienten effizient und kostensparend behandelt werden. Das geht alles Zack-Zack. Und die Aktionäre von der Rhön-Klinikum AG freuen sich über satte Dividenden.

• Wenn ich ins Krankenhaus muss, werde ich natürlich in das von der Rhön-Klinikum AG geschickt, zumindest wenn ich eine „gute“, d.h. gewinnträchtige Krankheit habe. Da finde ich mich als anonyme Nummer in einem riesigen Wirrwarr von gehetzten Leuten wieder. Und wieder, Zack, noch halb benommen von der Narkose wieder raus. Wehe, wenn ich niemanden habe, der mich dann betreut, das kostet eine Zuzahlung von 55,- € Leider bekomme ich dann nur eher selten Besuch von meinen Verwandten und Freunden, denn der Weg in die nächste Rhön-Klinik ist weit und beschwerlich.

- Medikamente bekomme ich auch, aber nur die, mit deren Hersteller meine Krankenkasse einen Vertrag hat, ganz egal ob die

die richtigen sind oder nicht. Und eigentlich ist es ja auch gar nicht so verkehrt, wenn ich nach ca. 4 Wochen wieder komme und irgendwelche Nebenwirkungen mich krank gemacht haben, denn dann können alle wieder was an mir verdienen.

- Ach ja, wenn sich das so schön weiter entwickelt, dann werde ich sicher auch noch für viele kleine „Annehmlichkeiten“ extra zur Kasse gebeten, z.B. Windeln die nicht lecken. Es gibt ja alles, nur immer die billigste Version, und wenn die nichts taugt, mein Pech.

Können Sie sich vorstellen, wie es den Ärzten und Krankenschwestern geht, die in einem solchen System arbeiten müssen. Die haben viel gelernt und studiert um Kranken wirklich zu helfen. Jetzt werden sie gezwungen irgendwelche Effizienzvorgaben erfüllen, auch wenn die im individuellen Fall völlig blödsinnig und vielleicht sogar schädlich sind.

Das mag hier und da etwas übertrieben sein, aber so ähnlich wird die schöne neue Gesundheitswelt aussehen, in der der freie Markt und Wettbewerb herrschen. Angeblich wird alles billiger und besser, und ach so kundenorientiert. Auf dem Energiemarkt können wir schon mal studieren, wie der freie Markt zu „kundenfreundlichen“ und „fairen“ Verhältnissen führt.

Im Bürger-Schulterschluss treffen sich regelmäßig immer am 2. Donnerstag im Monat engagierte Menschen um sich über die aktuellen Vorgänge im Gesundheitssystem zu informieren. Wo versickert denn das ganze Geld, das wir einzahlen? Wir fordern Transparenz, Solidarität und Menschlichkeit. (SP)

**Aktiv werden gegen  
Resignation und Ohnmacht**

**Gemeinsam können wir  
etwas bewegen!**

## Bock wird zum Gärtner: Von der Leyen-Ministerium managt „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“

### Die Hartz4-Plattform kritisiert die Verantwortlichkeit des Arbeitsministeriums als heuchlerisches Ablenkungsmanöver von bitterer Wirklichkeit.

Die Hartz4-Plattform fordert die Ministerin von der Leyen auf, die „Verantwortung“ für das „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ niederzulegen, solange gleichzeitig unter Federführung ihres Hauses Menschen durch Hartz IV in Armut und soziale Ausgrenzung gestoßen werden. „Angesichts der von Hartz IV Verwaltungen

verursachten millionenfachen Schikanen und des existenziellen Mangels empfinden

wir es als unmoralische Heuchelei, wenn das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit einer Schein-Kampagne „gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ im neuen Jahr ein PR-Ablenkungsmanöver mit Steuer- und EU-Geldern inszeniert,“ findet Hartz4-Plattform Sprecherin Brigitte Vallenthin und ergänzt: „Statt 1,25 Millionen Euro Fördergelder zum Reinwaschen des hauseigenen Verschuldens für PR-Maßnahmen zu verschleudern, sollte Ministerin von der Leyen das Geld lieber denjenigen zugute kommen lassen, denen sie nach Einschätzung von Bundesverfassungsgerichts-Präsident Papier durch Hartz IV „materielles Unrecht“ zufügt.

Es spricht ebenfalls nicht für die Glaubwürdigkeit des BMAS, wenn die Vergabe der Fördermittel quasi ohne Öffentlichkeitsbeteiligung zu geschehen scheint, stellt die Hartz4-Plattform fest. „Wir fühlen uns als Arbeitslosen-Initiative von vornherein ausgeschlossen, wenn mit der Bekanntgabe des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ auf der Internetseite des Ministeriums am 29. September 2008 zwar die

Möglichkeit zur Bewerbung um Fördermittel angekündigt, gleichzeitig aber auch der Ablauf der Bewerbungsfrist für diesen Tag bekannt gegeben wird.“ Die Arbeitslosen-Initiative sieht in vom Ministerium vermutlich handverlesenen Veranstaltungs-Projekten die Gefahr, dass das brisante Thema Hartz IV mit dem Geld der Steuerzahler schön geredet wird, ohne dass – wie die EU-Kommission fordert - „vor allem diejenigen zu Wort kommen, die Armut und Ausgrenzung am eigenen Leib erfahren“.

Bürgerinitiative für die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens

sowie die Information und Unterstützung von Hartz IV-Betroffenen  
0611-1721221

[www.hartz4-plattform.de](http://www.hartz4-plattform.de)  
[info@hartz4-plattform.de](mailto:info@hartz4-plattform.de)

*Die Sorge der HartzIV-Plattform ist nicht unbegründet. Ministerin von der Leyen ist geübt darin ihre Politik unter dem Deckmantel der „Aufklärung“ zu verkaufen und die fließenden Grenzen zwischen Journalismus und PR zu nutzen.*

*Vielleicht erinnern Sie sich noch an von der Leyens dubioses Wirken als Familienministerin. Ihre Werbekampagne für das Elterngeld bestand nicht nur aus Anzeigen, Fernsehspots und Plakaten mit dem herzigen Spruch: "Krabbeln lerne ich bei Mama, laufen dann bei Papa". Das ARD-Magazin "Report Mainz" berichtete wie das Ministerium die Einführung des Elterngelds*

*auch mit sendefertigen Radiobeiträgen und druckreifen Zeitungsartikeln begleitet. Von 192 angeschriebenen Radiosendern strahlten 68 das mit Steuergeldern bezahlte Material aus. Das Anrüchige dabei war, dass Lesern und Hörern der Eindruck vermittelt wurde, dass es um eine "unabhängige" Berichterstattung ging und nicht um eine PR Aktion der Ministerin.*

*Die beauftragte PR-Agentur A&B One meldete dem Ministerium stolz, dass so 55 Millionen über das Elterngeld (im Sinne der Ministerin) informiert wurden.*

*Ministerin von der Leyen ist allerdings kein Einzelfall auch die Ulla Schmidt und Michael Glos lieferten hier viel zu schnell vergessene Beiträge (nachzulesen unter <http://www.swr.de> (Report)). (JB)*



## Protziges Zentralbad oder Erhalt der Bäderlandschaft in Kiel?

Fraktion "Direkte Demokratie fordert mehr Bürgerbeteiligung

Am 12. 12. 09 hielt die Ratsfrau Ingrid Zimmermann im Kieler Stadtrat eine Rede, die 1. von der KN verzerrt dargestellt wurde, 2. einen guten Blick auf Vorgänge in unserem Stadtrat wirft. Daher hier die fast ungekürzte Rede:



Auf Grundlage der Beschlussvorlage sollen heute Fakten für ein Zentralbad und daraus resultierend gegen Lessinghalle, gegen Gaardener Schwimmhalle, gegen Katzheide, allgemein gegen jede dezentrale Lösung geschaffen werden. Wenn es denn alle wollen.

Allerdings ist in dem gesamten Prozess zur Neuausrichtung der Bäderlandschaft die Bevölkerung und insbesondere Kinder und Jugendliche sowie verschiedene Beiräte völlig unzureichend beteiligt gewesen.

So entscheiden also maximal 58 Personen.

Welche Basis gibt es für diese Entscheidung ?

1. Wir bekommen Zahlen zur Lessinghalle, die unter der Prämisse der „Attraktivierung“ entstanden sind.

Der Verein zum Erhalt der Lessinghalle spricht von geschätzten 150.000 Euro für die Instandsetzung der technischen Anlagen um einen sicheren Schwimmbetrieb zu gewährleisten.

Was würde also eine einfache Wiederinstandsetzung der Halle, wie sie ist, kosten?

2. Wir bekommen Zahlen zum Bau eines Kombibades in Katzheide, das vor nicht ganz einem Jahr noch als Herzstück des neuen Sport- und Begegnungsparks gehandelt wurde.

Je nach Hallenvariante sollen es 8-10 Mio sein. In Bottrop wurde für 5,7 Mio eine Schwimmhalle gebaut, die zudem im Vergleich zu deren altem Bad durch moderne und ökologische Anlagen 100.000 jährlich an Betriebs- und Wartungskosten spart.

3. Wir bekommen keine Zahlen zur Schwimmhalle Gaarden.

4. Wir sagen eine Zahl, mit der ein Zentralbad an der Hörn gebaut werden könnte: 17 Mio plus X.

X ergibt sich dann noch aus dem Verkauf des Grundstückes der Gaardener Schwimmhalle und aus Fördergeldern des Landes.

Schwerwiegend ist hier, dass die Stadt dankbar den dargebotenen (sogenannten) „goldenen Zügel“ annimmt und die von dieser Entscheidung betroffenen Kinder in Gaarden mit der goldenen Peitsche aus Katzheide vertreibt – daran ändern auch die Beteuerungen eines Erhalts – wenn sich denn ein Betreiber findet – oder als Sozialprojekt nichts.

Die Stadt konterkariert damit ihr eigenes strategisches Ziel „die kinderfreundliche Stadt“ und verhöhnt damit die betroffenen Kinder – es sei denn „armen Kinder“ gehören gar nicht zur Zielgruppe dieser Marketingstrategie (nur für Besserverdienende?)

Und ist es nicht ein Zeichen für eine lebenswerte Stadt, dass die Schwimmbäder gut zu erreichen sind? Dass die Preise auch für Menschen zu bezahlen sind die nicht so finanzstark sind wie andere.

Auf Grundlage des vorgelegten Zahlenmaterials wollen Sie heute also entscheiden und zudem ohne Kenntnis der wirklichen Interessen der Menschen dieser Stadt ?

In gewisser Weise spiegelt das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Zentralbad ein typisches Vorgehen vor dem Hintergrund der finanziellen Misere von Kommunen. Dankbar nimmt man dargebotene Gelder an um dann (auf kaltem Haushaltsweg) schnell alles in trockene Tücher zu packen – danach ist man sogar bereit Alibiveranstaltungen zum Querschnittsthema Bürgerbeteiligung zu machen und so zu tun als ob man auch dem §47f mit einer Zukunftswerkstatt gerecht wird.

Es sei hier deutlich darauf hingewiesen, dass der §47 f mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung von Juni 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 126) dahingehend geändert wurde, dass jeweils das Wort „soll“ durch das Wort „muss“ ersetzt wurde.

Seit der Fassung vom 28. Februar 2003 steht also unter §47f „Die Gemeinde MUSS“

„Die Verpflichtung (zur Beteiligung) besteht bereits dann, wenn Kinder- und Jugendinteressen lediglich „berührt“ sind; als ausreichend gilt ein „Mitberühren“, um die Beteiligungspflicht auszulösen. Umfasst wird das gesamte Tätigwerden der Gemeinde, unabhängig davon, ob Selbstverwaltungsaufgaben oder Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung betroffen sind.“

Und nicht nur die Kinder- und Jugendlichen, sondern jeder und jede hat einen unverkäuflichen Anspruch auf uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auch auf Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Die Beteiligung der Bevölkerung in der Bäderfrage müssen wir dringend nachholen – und zwar ergebnisoffen!

[www.dd-kiel.de](http://www.dd-kiel.de)

## Negative Strompreise

Weil E.on & Co. ihre AKWs und Kohlekraftwerke weiterlaufen lassen, müssen sie mitunter Abnehmer bezahlen, damit sie ihre elektrische Energie auch los werden.

Möchten Sie Strom geschenkt haben? Oder vielleicht sogar Geld dafür bekommen, möglichst viele elektrische Geräte laufen zu lassen? Dann sollten Sie an die Leipziger Strombörse EEX gehen. Dort bekamen Abnehmer über die Weihnachtstage am Spotmarkt zeitweise 13,9 Cent pro Kilowattstunde bezahlt. Am 29. Dezember rutschte der Strompreis erneut in die Nähe

der Nullmarke. Ursache war ein Überangebot an elektrischer Energie. Dabei hatten die Versorgungsunternehmen noch vor wenigen Tagen behauptet, Weihnachten würde wegen der vielen Gänsebraten der Stromverbrauch steigen. Nun ja, die sind inzwischen längst aus der Röhre, aber der Preiseinbruch hatte bereits am 24. Dezember, als die Lichter an den Weihnachtsbäumen angeschaltet und die gerupften Vögel in den Ofen geschoben wurden, begonnen.

Am Spotmarkt wird der Strom für den aktuellen und den nächsten Tag für Deutschland und einige Nachbarländer gehan-

delt, und zwar jeweils stundenweise Abnehmer können sich kurzfristig eindecken, Anbieter versuchen Überschüsse, die sie nicht mit längerfristigen Verträgen haben absetzen können, loszuwerden. Gehandelt wird bis 75 Minuten vor Anbruch der jeweiligen Stunde.

Das Überangebot kam in den letzten Tagen zum einen durch verminderte industrielle Nachfrage - tatsächlich benötigen die Verbraucher mit ihren Gänsebraten nur einen Bruchteil der elektrischen Energie - zum anderen durch besonders gute Windbedingungen und träge Grundlastkraftwerke zustande. Quelle: [www.heise.de](http://www.heise.de)

## Aus Empörung - Ex-SWR-Intendant Voß tritt aus CDU aus

Peter Voß ist ein kantiger Typ. Nicht nur wegen seiner markanten Gesichtszüge, sondern auch wegen seiner Art, wie er als Intendant einst mit harter Hand aus SDR und SWF den fusionierten Südwestrundfunk geformt und dann geführt hat. Und nun wird der 68-Jährige seinem Ruf als Unbeugsamer wieder mal gerecht. Voß hat wegen der Art und Weise, wie der hessische

Ministerpräsident Roland Koch (CDU) den Sturz von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender herbeigeführt hat, seinen Austritt aus der CDU erklärt und sein Parteibuch an den Kreisverband Baden-Baden zurückgegeben. "Herr Koch hat mit seinem Vorgehen der CDU, dem ZDF und den Medien im Allgemeinen schwer geschadet", begründet Voß seinen Schritt. Nun könnte man meinen, der Parteiaustritt von Voß sei ein Akt alter Verbundenheit mit den Mainzelmännchen, wo er einst seine

Brötchen verdiente – unter anderem als Moderator beim "heute-journal" und ab 1990 als stellvertretender Chefredakteur. Aber so sehr Voß noch heute enge Kontakte nach Mainz pflegt, so sehr geht es ihm im Fall Brender um Grundsätzliches. "Was hier passiert ist, ist höchst gefährlich für das Image des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und ein Angriff auf die Unabhängigkeit des Senders." Andere Parteipolitiker, so fürchtet Voß, "werden dadurch ermuntert, es genauso zu machen".

Der satte Reichtum hat's ausgedacht,  
dass Armut keine Schande macht  
Die Reichen reden am vollen Tisch  
Wie Salz und Brot hält die Wangen frisch.  
Die Tauben gurren am Dachesrand  
Nehmt lieber den Sperling in die Hand  
Und die Dummen fassten den  
Mehrheitsbeschluß,  
dass stets der Klügere nachgeben muss.

Oskar Blumenthal

## Positive Veränderungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Gesellschaftsmodell, das immer mehr Anhänger gewinnt baut auf das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Wenn man die fortdauernde allmähliche Automatisierung als Chance zur Entlastung der Menschen von der Arbeit begreift und alles Gerede um Arbeitsplätze als Kampf um "Einkommensplätze" sieht, wird die Idee des BGE plötzlich sehr plausibel. Daher wollen wir regelmäßig jeweils einen Aspekt dieser Idee beleuchten.

Hat jeder ein BGE, von z.B. 900,- € im Monat, wäre er oder sie frei, eigene Ziele zu verfolgen, eine

Arbeit zu tun, die sinnvoll erscheint und daher befriedigt, wäre nicht mehr durch drohenden Arbeitsplatzverlust erpressbar. Allein diese Faktoren tragen dazu bei, das Arbeitnehmer sich bewußter für oder gegen einen Arbeitsplatz entscheiden können, d.h. man muss nicht mehr zwanghaft an einer Stelle festhalten, die mit dem eigenen Gewissen nicht vereinbar ist. Das führt zu menschlicheren Arbeitsprozessen und entsprechenden Produkten. Kreativität kann sich ohne finanziellen Druck besser entfalten, die sozialen Aufgaben der Gesellschaft werden lösbar.

Wer arbeitet denn dann noch? Würden Sie selber noch arbeiten gehen, wenn Sie ein Grundeinkommen erhielten?

60% antworten mit JA, 30% mit Ja, aber... und nur 10% würden erstmal ausschlafen.

Würden DIE ANDEREN noch arbeiten gehen, wenn Sie ein Grundeinkommen erhielten?

80% beantworten diese Frage mit NEIN.

Also, würde alle Arbeit liegen bleiben, würden alle Räder stillstehen? Wohl kaum.

Die meisten würden weiterarbeiten, aber vielleicht etwas weniger, oder anderes...

Und wer macht dann die Dreckarbeit?

Da gibt es genau drei Lösungen: Besser bezahlen, denn das bleibt ja als Anreiz bestehen, oder automatisieren, oder selber machen.

Nächstes Mal werfen wir einen Blick auf die Finanzierung. (SP)



### Auf den Hund gekommen...

Hartz-IV-Bezieher/innen bekommen mit 4,32 € Futtertagessatz weniger als ein Polizeihund. Dem wird 6,80 € pro Tag zugestanden. Für Verkehrsnutzung stehen Hartz-IV-Bezieher/innen monatlich 11,48 € zur Verfügung. Das reicht nicht einmal für eine Fahrt pro Woche innerhalb des Stadtgebiets (Hin- und Rückfahrt).

Quelle: [www.Mittwochsfruehstueck.de](http://www.Mittwochsfruehstueck.de)

“Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.”

*Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 20 Absatz 1*



## 2009 - das Jahr der Gipfeltreffen

Nie gab es so viel gemeinsames Suchen wie im Jahr 2009, dem Jahr der weltumspannenden Gipfeltreffen: zwei Weltfinanzgipfel, Nato-Tagung, Europäisch-amerikanischer Gipfel, UN-Vollversammlung, Asiatisch-Pazifischer Gipfel, EU-Sondergipfel, Welthandelskonferenz und Weltklimagipfel. Auf der Suche nach globalen Spielregeln - zum Wohle aller - trifft man sich immer öfter mit immer mehr Pomp in immer größeren Konferenzzentren. Globales Regieren oder außer Spesen nichts gewesen?

Das neue Machtzentrum der Welt, der Club der G 20, etabliert sich stolz, vielleicht sogar mit Reformwillen, aber kraftlos für bindende Beschlüsse. Wo sind die Regeln für die Finanzmärkte und gegen den "Raubtierkapitalismus", wo sind jene für freien Welthandel ohne Protektionismus, wo sind bindende Klimaziele u.s.w.?

Warum gelingt es nicht, globale Probleme global zu lösen? Sind es ausschließlich nationale wirtschaftliche Interessen, ist Eigennutz die Triebfeder, die vor globalen Vereinbarungen, Menschenrechten und Umweltfragen stehen?

Drei Jahrhunderte nach Beginn der Aufklärung sind wir, trotz der neoliberalen Gegenaufklärung, die uns informierte mündige Bürger mit habgierigen Marktgesetzen lockt, gefordert etwas zu tun - jeder von uns -, denn nur von unten kann und muss etwas wachsen, was auch Regierungen zwingt, aktiv zu werden. Die Welt beginnt bei uns, hier und jetzt sofort. (MD)

## Carstensen im Steuerstreit: Merkels neuer Bettvorleger

Loyalität geht wohl vor Schuldenabbau: Anders ist nicht zu erklären, warum Ministerpräsident Carstensen im letzten Moment die Hand hebt für ein Gesetz, das nur neue Schulden produziert - und seinem Land Probleme bereitet.

Fragt sich, worin der Bundesrat eigentlich seine Aufgabe sieht. In den vergangenen Jahren hat er sich wahlweise als Blockadeorgan oder als blindes Abnickgremium gezeigt - je nachdem, ob die politischen Mehrheiten in Bundestag gleich oder gegensätzlich waren. So einen Bundesrat braucht kein Mensch.

NDS 21. 12. 09 Quelle: Süddeutsche Zeitung

## Wieder ein Deal zulasten der Kommunen

Eine neue Verteilung der Mehrwertsteuer? Weniger beim Bund, mehr bei den Ländern. So oder so ähnlich soll es aussehen, wenn Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten im kommenden Juni über die Finanzierung der künftigen Bildungsinvestitionen verhandeln. Die Kommunen ahnen bereits Schlimmes. Schon wieder, vermuten sie, verbirgt sich hinter den Verabredungen von Bund und Bundesländern beim Bildungsgipfel ein Geschäft, bei dem sie nicht anwesend waren, dafür aber zahlungsverpflichtet werden für Bildungsaufgaben, die auf sie zukommen könnten. Einen Deal zulasten Dritter sozusagen.

Mit so etwas soll nun endgültig Schluss sein. 35 Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben jetzt die Landesregierung in Düsseldorf vor dem Landesverfassungsgericht verklagt. Der Vorwurf: Das Land verstößt gegen das Gebot der Konnexität, nachdem neue Aufgaben, die es den Kommunen überträgt, auch finanziert werden müssen. Gewinnen die Kommunen die Klage, dann werden die Länder in Zukunft das Geld des Bundes vollständig an die Städte weitergeben müssen. Die Hoffnung der Bürgermeister: Niemals wieder sollen sich Kanzlerin und Ministerpräsidenten schöne Gesetze ausdenken, für die dann die Kommunen bezahlen müssen.

NDS 21. 12. 09 Quelle: Tagesspiegel



TILMANN H. - ANLAGEBERATER... ÜBERZEUBTES FDP MITGLIED SEIT 1995

## Bildung auf dem Grabbeltisch

Ein jämmerliches Bild, dass ein „Bildungsgipfel“ zu einer Art „Krisengipfel“ verkommt, auf dem es in Wirklichkeit nur darum geht, das missratene „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu retten. Das Ziel, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bildung (sieben Prozent für Bildung, drei für Forschung) ausgeben zu wollen, hat ein Jahr nach seiner Erfindung bereits an Kraft verloren. Derzeit fließen zwischen 7,5 und 8,4 Prozent in diesen Bereich, je nachdem, welche Ausgaben man einbezieht und welche nicht. Anstatt sich jedoch zu bemühen, nach und nach in Bund und Ländern das zusätzliche Geld bereitzustellen, waren auf höchster Ebene eifrige Rechenkünstler am Werk, den fälligen Betrag herunter zu rechnen. So sollen nun zum Beispiel auch die Versorgungsbezüge für die Lehrer-Beamten und die Kosten für Liegenschaften von Schulen und Universitäten in Staatsbesitz in die Bildungsausgaben und den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Bücher hinein gerechnet werden. Auf diese Weise kann man die Prozentzahl auf dem Papier erhöhen ohne frisches Geld anfassen zu müssen. Mit solcherlei Tricks werden die Ausgaben von eben noch geschätzten 28 Milliarden reduziert auf nur noch 13 bis 16 Milliarden Euro. Ein schäbiges Treiben.

Quelle: Freitag

Anmerkung Orlando Pascheit: Die NDS wie auch etliche Zeitungen haben schon auf diesen windigen Deal zur Rettung des ebenfalls windigen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes hingewiesen, aber auf diesen Skandal kann nicht oft genug thematisiert werden, um in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu sickern. Die Dreistigkeit mit der wieder einmal auf die Vergesslichkeit des Wahlbürgers spekuliert wird, gehört in das Gedächtnis eingebrannt und sanktioniert. Auch seitens der Wirtschaft müssten eigentlich die Alarmglocken klingeln. Es geht u.a. nicht einmal darum, gegenüber andern Ländern einen Vorsprung in Sachen Bildung und Forschung herauszuholen, sondern darum zum OECD-Durchschnitt aufzuholen.

Glaubt die Wirtschaft denn tatsächlich, dass die Nachfrage nach deutscher Pro-

duktion allein von den Lohnkosten abhängt? Geht es nicht vor allem darum, soweit es eben geht durch Schulen und Hochschulen den fragenden und antwort-suchenden Menschen zu fördern, der im geschäftigen Alltag des Wirtschaftslebens, der Politik, der Wissenschaften und der Kunst auch für überraschende, neuartige Lösungen gut ist jenseits der eingefahrenen Praxis? Was macht denn unsere Stärken in der verarbeitenden Industrie aus? Gewiss nicht, dass wir den Stand der Technik beherrschen, das auch, aber vor allem, dass wir uns bemühen, den Stand der Technik zu setzen.

## Schluss mit der Bologna-Bürokratie

„Die Erfahrung von zehn Jahren lehrt nun, dass die Akkreditierung in Deutschland ein Irrweg ist“, sagt Professor Bernhard Kempen, der Präsident des Deutsche Hochschulverband. Grund: Der bürokratische Aufwand und die Kosten ständen in überhaupt keinem Verhältnis zum Nutzen.

„Wir sagen dem Akkreditierungsrat, dass er sich ja vielleicht umwandeln könnte in eine Servicestelle, die beratend den Hochschulen zur Seite steht, aber wir brauchen keine externe Akkreditierungsindustrie, die irgendwelche Siegel verteilt, sondern das können wir sehr gut selber machen. Wir fordern den Gesetzgeber auf: Verpflichte uns doch, an den Hochschulen - wie das übrigens auch im Ausland geschieht - eigene Qualitätssicherungsinstrumente einzubauen.“

NDS 22. 12. 09 Quelle: DLF

## Boom der Internate: Reich an Bildung

Pisa und Lehrermangel stürzen die öffentlichen Schulen in die Krise. Nun umgarnen Privatinstitute verunsicherte Eltern und Schüler. Sie bieten kleinere Klassen, individuelle Förderung und werben um Hochbegabte - eine Spurensuche in der noblen Welt von Deutschlands Internaten.

NDS 18. 12. 09 Quelle: Spiegel

Anmerkung des NDS-Lesers J.A.: Einfach nur furchtbar. Aber wenigstens benennt der SPIEGEL klar den

Mechanismus, mit dem die öffentlichen Schulen durch künstliche Verknappung und Sparorgien ruiniert werden, um den Privatschulen ein attraktives Geschäftsfeld zu bieten.

*Ist denn Privat-Schule = Elite-Schule? Als Kenner der Waldorfschulen weiss ich nur zu genau, dass diese nur deshalb Schulgeld verlangen müssen, weil sie pro Schüler weniger Geld vom Land bekommen, als ein Schüler in einer öffentlichen Schule..*

*Könnte es nicht sein, dass im Bereich der Bildungsinstitute tatsächlich ein Wettbewerb um gute Konzepte und damit um Schüler sinnvoll wäre? Sollten nicht die Eltern entscheiden können, nach welcher Pädagogik ihr Kind lernen soll? Also da scheint mir der Begriff Freiheit mal ganz richtig zu sein. Allerdings immer vorausgesetzt, alle Schulen bekommen die gleiche Finanzierung. Oder eben für jeden Schüler, egal für welchen Bildungsabschluss das gleiche Geld. Dann haben wir pluralistische Bildung ohne Elite-Beschulung. (SP)*

## Finanzmisere: Krippen-Garantie steht auf der Kippe

Gerade ein Jahr ist das Gesetz in Kraft. Doch schon steht der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kleinkinder ab dem Jahr 2013 auf der Kippe. „Diese Garantie wird nicht einzulösen sein“, warnte Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gestern. „Ohne weitere Finanzhilfe werden es die Kommunen nicht bewältigen können, den Rechtsanspruch umzusetzen, so sehr sie sich auch anstrengen“, bestätigte sein Kollege Stephan Articus vom Deutschen Städtetag.

Quelle: FR

*Und gleichzeitig liest man, wie die Banken mit Millionen spekulieren, sich dicke Gehälter und Boni einstecken. Wie halten Sie, liebe Leserinnen und Leser, das aus, diese Diskrepanz im Kopf? Das passt doch alles nicht zusammen. Es gibt viel zuviel Geld, das vagabundiert wild um den Globus und richtet Schaden an. Glauben Sie wirklich, dass unsere Regierenden es gut mit uns meinen? (SP)*

## Fünf Recyclingtipps für Kreditkarten

**30 Millionen EC- und Kreditkarten sind wegen einer Panne der Banken derzeit nicht einsetzbar. Trotzdem kann man eine Menge mit ihnen machen**

1. Türen knacken Eine stabile Kreditkarte ersetzt den Schlüsseldienst. Andere heben Geld ab, Sie sparen welches!

2. Wichtig machen Sammeln Sie die unnützen Karten Ihrer Freunde ein und stecken Sie sie in ein möglichst großes Portemonnaie. Öffnen Sie dieses demonstrativ bei jeder sich bietenden Gelegenheit und genießen Sie die Blicke.

3. Besser schminken Geheimtipp einer US-Beauty-Bloggerin: Beim Auftragen von Mascara eine Karte hinter die Wimpern halten - so verschmiert die frische Farbe nicht das Augenlid.

4. Geschicklichkeit trainieren Versammeln Sie Ihre Bürokollegen um sich und treten Sie zum Wettbewerb an: Wer baut das höchste Kartenhaus? Wirkt sich auch positiv aufs Firmenklima aus.

5. Löcher füllen Bild abgehängt und Loch in der Wand? Kein Problem, Sie haben ja eine Kreditkarte! Einfach mit Füllmasse die Karte zum Spachtel umfunktionieren. Spart auch wieder Geld.

Quelle: www.Financial Times Deutschland

## “Move your money”

**Kampagne ruft zum Boykott großer US-Banken auf**

Wenn überhaupt, dann hat es so etwas zur Zeit der großen Depression gegeben. Eine von Journalisten gestartete Kampagne ruft die Amerikaner auf, ihr Geld von Investmentbanken abzuziehen. Ziel ist es, die Banker zu bestrafen und die nächste Krise zu verhindern. Das Video “Move your money” ist ein You-Tube-Hit.

Quelle: WELT

## Liechtenstein und andere Steueroasen jubeln

**Schäuble bläst Kampf gegen Steuerhinterzieher offiziell ab**

Scharf kritisiert das globalisierungskritische Netzwerk Attac das Abrücken des Finanzministeriums von den minimalen Bemühungen der vorigen Regierung, gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorzugehen.

“Obwohl laut Weltbank 1000 bis 1600 Milliarden Dollar jährlich illegal Ländergrenzen überschreiten, teilt das Finanzministerium den Behörden der Länder mit, es gebe keinen Handlungsbedarf. Die riesigen Steuerausfälle, die dadurch entstehen, interessieren Herrn Schäuble anscheinend trotz der in der Krise aufgehäuften hohen Schuldenlast einen feuchten Kehricht. Das Geld bleibt ja bei den von der schwarz-gelben Koalition so hoch geschätzten Reichen und Superreichen. Abgezockt werden die kleinen Leute und die Empfänger von Sozialtransfers”, empört sich das Mitglied des Attac-Koordinierungskreises Detlev v. Larcher.

Quelle: Attac

**Die alimentierte Ministerin**

**An Personen wie von der Leyen läßt sich der gesamte moralische Verfall dieser Republik ablesen.** Wenn geförderte Reiche sich über das Fördern der Habenichtse aufregen, dann gibt es kein Fundament mehr, auf das man einen moralischen Neuaufbau setzen könnte - wenn er denn politisch geplant wäre! 1.400 Euro pro Familie ist der Ruin des Sozialstaats, lehrt man die Leser und Zuschauer in diesem Lande - aber 1.400 Euro Kindergeld für Familien, die durch zwei Spitzenlöhne ausreichend versorgt sind, gelten als Investition für die Zukunft.

Quelle: ad sinistram

## Die meisten Banken wollen Super-Steuer auf Boni kompensieren

**Josef Ackermann hatte im Dezember vorgelegt: Der Deutsche-Bank-Chef kündigte eine Kompensation der Londoner Investmentbanker für die britische Super-Steuer auf Boni an.**

Nach einem Zeitungsbericht wird das Gros der Konkurrenten dem Beispiel folgen.

Quelle: Spiegel Online

*Ergänzende Anmerkung WL: Der Bund hat bis Anfang 2009 18,2 Milliarden € für die Rettung der Commerzbank ausgegeben. Er hat zugleich 25 % plus eine Aktie an dieser Bank erworben. 25 % ist gemessen an dem geflossenen Geld ausgesprochen wenig. Der Betrag von 18,2 Milliarden betrug das Vierfache des damals aktuellen Marktwertes der gesamten Commerzbank, 1,8 Milliarden € hätten gereicht, um die 25 % zu kaufen. Der Bund hat das Zehnfache bezahlt und belohnt damit die bisherigen Aktionäre - und der Vorstand will nun auch noch mehr Gehalt.*

**Datenkrake „ELENA“**

ELENA wird eine gigantische – die größte, jemals in Deutschland angelegte Datensammlung. Seit dem 01.01. diesen Jahres werden sensible Daten von über 40 Mio. Arbeitnehmern gespeichert - darunter auch das monatliche Gehalt, Fehlzeiten, Kündigungen und Abmahnungen. All das muss der Arbeitgeber jeden Monat an den Staat weiterleiten, der die Daten für mindestens zwei Jahre auf Vorrat speichert und für den Fall sammelt, dass ein Arbeitnehmer staatliche Leistungen beantragt. Die meisten der gesammelten Daten werden nie gebraucht. Datenschützer warnen vor einer neuen Dimension der staatlichen Vorratsdatenspeicherung, die zu Missbrauch geradezu einlade.

Quelle:www.wdr.de/tv/monitor

## KANN WAS: Einführung einer Regionalwährung in Schleswig-Holstein

### Grenzenloses Geld, exponentielles Wachstum, Zerstörung versus heimattraues Geld, natürliches Wachstum, Wohlstand für alle!?

Geld ist in seiner originären Form ein Tauschmittel, es erleichtert in einer arbeitsteiligen Welt Handel und Wandel, es ermöglicht wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch Unterdrückung von Menschen und Ausbeutung von Natur. Unser gesetzliches Zahlungsmittel fordert unbegrenztes Wachstum, um Zins und Zinseszins bedienen zu können. Die damit verbundenen Zusammenbrüche werden gerade sichtbar. Sie waren voraussehbar, jegliche zur Schau gestellte Überraschung ist unglaubwürdig (Lüge). Nachhaltigkeit ist unter diesen Bedingungen in jeglicher Form unmöglich. Regionales Geld fordert keine Zinsen, kann nur als Tauschmittel von Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Es dient den arbeitenden Menschen und nicht den Geldverleihern. Das Projekt läuft seit 2004 und lädt ein zum Mitmachen.

Mehr Informationen auf:  
[www.kannwas.org](http://www.kannwas.org)

## Interessante Termine

Volker Pispers  
Politisches Kabarett "Bis Neulich....."  
ständig aktualisierte Fassung  
Mi 10.03. Lübeck Musik- und Kongresshalle 0451 - 7904400  
Do 11.03. Norderstedt TriBühne 040-30987123  
Di - Do 27. - 29.04. Hamburg Lustspielhaus alma hoppe VVK ab 15.2.2010  
Fr 30.04. Elmshorn Stadttheater Elmshorn 04121-61189

La Le Lu A Capella Comedy  
19. -23. Jan 20.00 Uhr Alma Hoppes Lustspielhaus  
Ludolfstr. 53 20249 Hamburg GRUNDLOS EITEL - Das Deutschlandprogramm

## Gruppen und Initiativen

BI Grundeinkommen Schleswig-Holstein  
Die BürgerInnen-Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, die Begeisterung in der Bevölkerung für das bedingungslose Grundeinkommen zu entfachen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Alle BürgerInnen aus Schleswig-Holstein sind aufgerufen, sich zu beteiligen  
[www.bge-sh.de](http://www.bge-sh.de)

Kunstprojekt gegen Rassismus in Kiel  
Am 11. Juli findet in Kiel das Kunstprojekt "Nackt geboren" statt, um demokratisches Engagement zu stärken.  
[www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

BissFest Naturkost Einkaufsgemeinschaft  
Biologische Lebensmittel im Genossenschaftlichen Verkauf  
Droysenstr. 5  
24105 Kiel  
Telefon. : 0431-5709773  
Fax.: 0431-5709968  
<http://bissfest-kiel.de/1.html>

Statt-Auto  
Einfach mobil sein, ohne sich um alles kümmern zu müssen.  
[www.stattauto-hl.de](http://www.stattauto-hl.de)

ATTAC  
attac-Jahresrückblick am Mi. 27. 1. um 19 Uhr in der Pumpe  
Die Gruppe Kiel hat folgende Arbeitsgruppen:  
• Ökologie  
• Globalisierung und Krieg  
• Rekommunalisierung der Kieler Stadtwerke  
• Europa von unten  
• Bürgerrechte & Demokratie  
• Straßentheater  
• Bürgerhaushalt für Kiel  
[www.attac-netzwerk.de/kiel](http://www.attac-netzwerk.de/kiel)

Talente System Kiel (Tauschring)  
Am Moorwiesengraben 22, 24113 Kiel  
Telefon (0431) 68 08 63, Fax (0431) 64 20 92  
[www.talente-system-kiel.de](http://www.talente-system-kiel.de)

Bürger-Schulterschluss-Kiel  
Initiative für ein menschliches und solidarisches Gesundheitssystem  
Bürger-Patienten-Treff: 2. Donnerstag im Monat, Rest. Seeburg, 19.30 Uhr  
Kontakt: Sabine Petersen, Tel. 0431-9904912  
[www.schulterschluss-kiel.de](http://www.schulterschluss-kiel.de)

KANN WAS  
Verein Regionalgeld Schleswig-Holstein e. V., Hof Seekamp, D-24250 Löptin, Tel.: 04302-354  
<http://kannwas.mycontent.org/>

BI für ein gentechnikfreies Schleswig-Holstein  
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, Hansastr. 48 - 19.00Uhr  
Kontakt: [info@gentechnikfrei-SH.de](mailto:info@gentechnikfrei-SH.de)  
Telefon 0431 32 49 67 • [w.freundenberg@t-online.de](mailto:w.freundenberg@t-online.de),  
[www.gentechnikfrei-sh.de](http://www.gentechnikfrei-sh.de)

BI gegen die Uhlenkroog-Rampe  
Kontakt: Hans Uwe Lohmann, Hofholzallee 30,  
24 109 Kiel, Tel. 0431 / 52 62  
[www.uhlenkrog-rampe.de](http://www.uhlenkrog-rampe.de)

BI umweltfreundliche Energieversorgung für die Region Kiel!  
Das BI-Treffen jeden 1. Montag im Monat um 19.00 Uhr in der Pumpe, Haßstraße 22, Kiel statt.